

# Kettensäge gegen Universitäten

## Argentinien: Regierung blockiert Hochschulfinanzierung. Hunderttausende protestieren gegen Hungerlöhne

Von Florencia Beloso, Buenos Aires

Das öffentliche Universitätswesen Argentiniens ist – wie so viele andere soziale Institutionen – vom [Austeritätskurs der Regierung unter Javier Milei](#) bedroht. Am 12. Mai gingen allein in der Landeshauptstadt Buenos Aires 600.000 Menschen auf die Straße, um die Einhaltung des Gesetzes zur Finanzierung der Universitäten und eine dringend benötigte Lohnerhöhung für die Beschäftigten des akademischen Betriebes zu fordern. Landesweit beteiligten sich über eine Million an den Protesten.

Seit dem Amtsantritt der Regierung Milei 2023 ist das Budget für die Hochschulbildung laut einem Bericht des Nationalen Interuniversitären Rates (Consejo Interuniversitario Nacional, CIN) um 45,6 Prozent gekürzt worden. »Siebzig Prozent der Beschäftigten in diesem Sektor verdienen weniger als 650.000 Pesos (etwa 400 Euro, jW), was zu Entlassungen, Schwarzarbeit und dem Verlust wertvoller Humanressourcen führt«, erklärte Franco Bartolacci, Präsident des CIN, gegenüber der argentinischen Mediengruppe AIRE. Mehr als 10.000 Lehrkräfte hätten ihre Stellen an den öffentlichen Universitäten des Landes bereits aufgegeben.

Wer sich entscheidet, an den Hochschulen zu bleiben, kommt gerade so durch oder muss Nebenjobs annehmen, um Schulden abzubezahlen. »Wir kommen gerade so über die Runden. Wir beziehen Einkünfte vom Conicet (zentrale staatliche Forschungseinrichtung, jW) und der Universität von Buenos Aires – wir sind Wissenschaftler. Seit Milei sein Amt angetreten hat, haben wir 40 Prozent unseres Gehalts eingebüßt«, schilderte Guillermo Folguera, Forscher am Conicet, seine Situation gegenüber jW. Er befinde sich im Streik und habe in diesem Semester noch nicht mit dem Unterricht begonnen.

Die Krise wirkt sich unmittelbar auf die Qualität der Bildung aus. Lehrkräfte haben weniger Möglichkeiten, ihren Unterricht vorzubereiten, sich selbst weiterzubilden und ihre Forschung zu betreiben. Darüber hinaus führt der Abgang von Lehrkräften zu einem Rückgang der Studienplätze an den Hochschulen und zu einer Verringerung der Gesamtzahl der Unterrichtsstunden. Folglich werden weniger junge Menschen ein Bachelorstudium beginnen können, andere brechen ihr Studium aufgrund der Bedingungen ab.

»Von meinem Gehalt als Dozentin und meinem Doktorandenstipendium kann ich nicht über die Runden kommen. Ich miete eine Wohnung im Süden von Buenos Aires und muss beim Essen sparen. Ich ernähre mich nicht so gut, wie

ich gern würde«, sagte Luciana Lopardo, Dozentin für Mediengeschichte an der Fakultät für Sozialwissenschaften, *jW*. »Am Ende nehmen wir Gelegenheitsjobs an, um unsere Schulden abzubezahlen. Ich habe noch zwei Monate in meiner aktuellen Wohnung. Ich muss umziehen und habe nicht das Geld dafür.« Obwohl die Studienabbruchquoten hoch sind, sagt Luciana, »sind die Studierenden engagiert und planen, auf die Straße zu gehen, um die Universität zu verteidigen. Ich bin die einzige Studentin in meiner Familie. Meine Eltern haben die Grundschule nicht beenden können, daher war es für mich eine große Lebensentscheidung, mich dem Studium zu widmen.«

Derweil wird die finanzielle Ausstattung des Hochschulwesens seitens der Regierung torpediert: Das Gesetz zur Finanzierung der Universitäten wurde 2024 verabschiedet, dann aber von der Exekutive per Veto gestoppt. 2025 hob der Kongress das Veto auf, woraufhin Milei das Vorhaben erneut auf administrativem Weg stoppte. In der demokratischen Geschichte Argentiniens gibt es keinen Präzedenzfall für eine solche Situation. Letztendlich wird wohl der Oberste Gerichtshof über die Angelegenheit entscheiden.

Die Krise reicht über den Kosmos der Universitäten hinaus, denn nicht nur die Gehälter, sondern die gesamte akademische Infrastruktur ist betroffen. Universitätskliniken, darunter das Hospital de Clínicas, die Zahnklinik und das Ángel-Roffo-Institut für Krebspatienten, gehören zu den Gesundheitseinrichtungen, die auf die Haushaltsmittel der Universitäten angewiesen sind. Schätzungen zufolge werden in diesen Krankenhäusern jährlich rund 700.000 Patienten behandelt. Viele dieser Lehrkrankenhäuser werden auch von Patienten aufgesucht, die sich die private Gesundheitsversorgung nicht leisten können. Dazu zählen nicht zuletzt Rentner, die aufgrund der schlechten Versorgung durch PAMI (den medizinischen Dienst für Senioren) keine Arzttermine erhalten können.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522921.argentinien-kettensäge-gegen-universitäten.html>